



NetzG
Bundesnetzwerk Selbsthilfe
seelische Gesundheit

NETZG · Oppelner Straße 130 · 53119 Bonn

An

Parteien des Bundestages für die Wahl 2025

Oppelner Straße 130

53119 Bonn

Telefon 0228 676740

Telefax 0228 676742

E-Mail: info@netzg.org

Internet: www.netzg.org

Fragen des Bundesnetzwerks Selbsthilfe seelische Gesundheit (NetzG e.V.) an Parteien, die sich der Bundestagswahl 2025 stellen

Wer sind wir?

Das Bundesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit e.V. wurde am 9. November 2016 in Kassel gegründet, anlässlich der Tagung „Recovery und Selbsthilfe“ gleichen Datums.

Die 30 Gründungsmitglieder kamen aus der Selbsthilfe der „Psychiatrie-Erfahrenen“, unter anderem aus dem Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Rheinland-Pfalz e.V., der heute Landesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit Rheinland-Pfalz e.V. heißt (www.netzg-rlp.de), dem Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg e.V. (www.lvpebw.de) und anderen Verbänden/Vereinen der Selbsthilfe von Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen.

„Wir möchten die Umsetzung der in der UN-BRK verankerten Rechte und die sich daraus ergebenden Handlungsfelder für Menschen mit einer seelischen Beeinträchtigung fachlich fundiert, gleichberechtigt und praxisnah mitgestaltend begleiten, kommentieren und reflektieren und so einen wichtigen Beitrag zur Inklusion leisten.“ (aus NetzG: Satzung Grundsatzerklärung, Absatz 3)

1) Die Selbsthilfe (Sekundäre Prävention) ist ein wesentlicher Bestandteil der psychischen Gesundheitsvorsorge. Sie kann Wiederaufnahmen in die Kliniken sowie Eskalationen vorbeugen und verdient Unterstützung aus psychiatrischer, psychologischer, sozialer und politischer Sicht. Im SGB V wird die Prävention auf Primärprävention beschränkt.

Wie stellen Sie sich die Einbeziehung von Menschen nach einer psychischen Erkrankung und die Finanzierung der sekundären Prävention vor?

2) Um nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, benötigen seelisch belastete Menschen u.a.: flexible Arbeitszeitkonten, evtl. doppelt besetzte niederschwellige Arbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt sowie Arbeitszeitangebote die abhängig sind von Qualifikation und Gesundheitszustand. In den letzten 25 Jahren (1995-2020) stieg der Anteil von Menschen, die aufgrund seelischer/psychischer Erkrankung in Erwerbsminderungsrente gingen, von 24,2% auf 41,5% (Zahlen der Deutschen Rentenversicherung vom 30.11.2021). Ihr Leistungsvermögen

liegt unterhalb von 3 Stunden Arbeit/Tag. Diese Menschen im geringfügigen, ehrenamtlichen, selbständigen und unselbständigen Arbeitsprozess (nicht nur Werkstätten für behinderte Menschen) zu halten, könnte unter anderem über eine signifikanten, höheren Staffelbetrag der Ausgleichsabgabe möglich sein.

Welche Lösungen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode angehen, um mehr Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen die Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen?

3) Psychiater*innen wollen bei Terminabsagen durch die Patient*innen oder nicht eingehaltenen Terminen eine finanzielle Entschädigung von den Patient*innen erhalten Dies führt de facto zu einem Ausschluss vieler Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen.

Wie stehen Sie dazu? Halten Sie es für sinnvoll, dass die Krankenkassen für ausgefallene Termine nicht zahlen müssen?

4) Viele Menschen mit psychiatrischen Diagnosen sind wohnungslos, leben teilweise gegen ihren Willen in besonderen Wohnformen (weit von der Heimat entfernten Heimen, die aus ehemaligen Sanatorien entstanden sind), sich selbst überlassen in sozial nicht begleiteten Wohnungen. Für andere Behinderungen gibt es spezifische Vorschriften und Förderungen für barrierefreies Wohnen. Für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen gibt es solche nicht.

Welche Sichtweise vertritt Ihre Partei diesbezüglich und wie möchten Sie dieses Problem angehen?

5) In Deutschland müssen viele Menschen mit psychischen Erkrankungen monatelang auf einen Therapieplatz warten. Vor allem in ländlichen Regionen gibt es einen Mangel an Fachkräften. Eine ausreichende Finanzierung und eine Flexibilisierung des Angebots sind entscheidend. So sollten Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen nicht nur in ihrer Praxis, sondern auch zugehend/aufsuchend und dezentral Therapie anbieten können, damit mobilitätseingeschränkte Patient*innen und solche mit gelegentlichen Therapie-Ausfällen nicht ausgeschlossen werden.

Wie schätzen Sie dieses Problem ein und beabsichtigen Sie, Verbesserungen einzuleiten?

6) Trotz Fortschritten gibt es nach wie vor Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen, was ihre Teilhabe in allen Lebensbereichen erschwert.

Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die gesellschaftliche Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen abzubauen?

7) Unterbringungen und Zwangsbehandlungen sind ein heikles Thema und werden von vielen Menschenrechtsexperte*innen als viel zu häufig kritisiert.

Planen Sie Maßnahmen, um Zwangsmaßnahmen deutlich zu reduzieren?

Mit freundlichen Grüßen

Franz-Josef Wagner

Vorsitzender des Bundesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit (NetzG)

www.netzg.org

0651/1707967